



## **Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU

### **Attraktivität der Landespolizei erhalten**

Drucksache 18/ 1148

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt die Herausforderungen der Landespolizei bei der Gewinnung qualifizierten Nachwuchses an. Die Landespolizei muss sich, wie der gesamte öffentliche Dienst, einem Wettbewerb um qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber stellen. Die Landespolizei konkurriert hierbei nicht nur mit der privaten Wirtschaft, sondern insbesondere auch mit dem Polizeidienst anderer Bundesländer und dem Polizeidienst des Bundes. Die Ausgestaltung des Polizeidienstes in Schleswig-Holstein, die beruflichen Perspektiven für die im Polizeidienst tätigen Beamtinnen und Beamten und die Besoldung müssen daher konkurrenzfähig sein.

Gleichzeitig muss die Politik im Land die Anerkennung und Wertschätzung des Polizeidienstes und ihre Verwurzelung in der Gesellschaft fördern und zugleich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in geeigneter Weise schützen. Nur auf diese Weise wird die Landespolizei ihren Personalbedarf langfristig decken können.

#### **1. Klare Perspektiven aufzeigen, Personalabbau stoppen!**

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein zukunftsgerichtetes Konzept für die Organisation der Landespolizei vorzulegen, um endgültige Planungssicherheit auch für

die Beschäftigten zu schaffen. Hierzu gehört insbesondere ein klares Bekenntnis dazu, dass keine weiteren Stellen im Polizeidienst abgebaut werden. Die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten über die zukünftige Ausrichtung, die Organisation sowie die Personalplanung führen zu einem deutlichen Verlust der Attraktivität sowohl für bereits im Polizeidienst Beschäftigte, als auch für potentielle Bewerber.

Ebenso muss ein klares und wirksames Konzept erstellt werden, um das Ausufern von Überstunden zu verhindern. Überstunden müssen einen Ausnahmecharakter haben und gehören nicht zur Regelarbeitszeit. Wenn Überstunden anfallen, muss sichergestellt sein, dass ein Abbau in einem überschaubaren Zeitraum möglich ist.

## **2. Ausstattung verbessern, Sicherheit fördern!**

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Ausstattung der Polizei in allen Bereichen regelmäßig zu überprüfen und auf einem Niveau zu halten, das dem aktuellen Stand der Technik entspricht. Dies gilt im Besonderen für Ausstattungselemente, die der Sicherheit der im Polizeidienst Tätigen dienen.

## **3. Kontinuität und Planungssicherheit schaffen!**

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Besoldungsanpassungen für Beamtinnen und Beamte planbar auch in den nächsten Jahren an die Tarifabschlüsse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder zu koppeln. Qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber werden nämlich nur dann für den Polizeidienst zu gewinnen sein, wenn auch im Bezug auf die Besoldung Kontinuität und Planungssicherheit besteht.

Ebenso muss sichergestellt sein, dass das Fortbildungsangebot und die Möglichkeit der Teilnahme an Fortbildungen nicht reduziert, sondern im Gegenteil, ausgebaut wird. Fortbildungsmaßnahmen sind ein Grundstein zum Erhalt eines hoch qualifizierten Polizeidienstes. Sie sind unerlässlich für den Erhalt der Arbeitsqualität.

## **4. Neue Wege gehen!**

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein zukunftsfähiges Konzept zur Nachwuchsgewinnung zu erstellen. Ziel muss es sein, dass Interesse von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen für eine Tätigkeit im Polizeidienst zu wecken. Hierbei ist insbesondere auch eine frühzeitige Information über den Polizeidienst erfor-

derlich. Daher sollte verstärkt auch der Kontakt zu Jugendlichen, z.B. durch Informationen an Schulen, gesucht werden.

Ebenso sollten auch Maßnahmen ergriffen werden, um Menschen mit Migrationshintergrund stärker für den Polizeidienst zu interessieren.

### **5. Polizei muss Bürgerpolizei bleiben!**

Der Reiz des Polizeiberufes liegt in der engen Anbindung unserer Polizei an die Gesellschaft. Daher muss sichergestellt bleiben, dass diese Verwurzelung auch in Zukunft erhalten bleibt. Eine zu starke Zentralisierung steht dem diametral entgegen. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sicherzustellen, dass die Polizei auch in der Fläche präsent bleibt. Das Entstehen von polizeifreien Zonen ist zu verhindern.

### **6. Kennzeichnungspflicht abschaffen!**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die bestehende Kennzeichnungspflicht für bestimmte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aufzuheben. Die Kennzeichnungspflicht dokumentiert ein nicht gerechtfertigtes Misstrauen der Landesregierung gegenüber den Beamtinnen und Beamten, erhöht die Gefährdungslage und sendet ein falsches Signal an die Bürgerinnen und Bürger.

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 17. Tagung über die Umsetzung der genannten Punkte schriftlich zu berichten.

Astrid Damerow  
und Fraktion